

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Haushaltskontrollausschuss*

5.12.2006

## ARBEITSDOKUMENT

über den Sonderbericht Nr. 9/2006 des Europäischen Rechnungshofs über  
Ausgaben für Übersetzungsleistungen bei der Kommission, beim Parlament  
und beim Rat

Haushaltskontrollausschuss

Berichterstatter: Alexander Stubb

## Einführung

Am 13. September 2006 unterbreitete der Europäische Rechnungshof dem Haushaltskontrollausschuss seinen Sonderbericht Nr. 9/2006 über Ausgaben für Übersetzungsleistungen bei der Kommission, beim Parlament und beim Rat.

Den Status als Amts- und Arbeitssprachen der europäischen Organe besitzen 21 Sprachen. Jedes EU-Organ hat seinen eigenen Übersetzungsdienst. Die Organe, die aufgrund ihrer Art und Tätigkeit die meisten Übersetzungsleistungen zu erbringen haben, sind die Kommission, das Parlament und der Rat (ca. 70 %).

Aus praktischen Gründen arbeiten die Organe hauptsächlich in einer begrenzten Anzahl von Sprachen, aber aus oder in Mitgliedstaaten werden nur Dokumente in ihren jeweiligen Amtssprachen gesandt. Die Übersetzung aller Dokumente, die von außen kommen oder nach außen gehen, ist daher für ein gutes Funktionieren der Organe sowie für die Kommunikation mit den Mitgliedstaaten und ihren Bürgern äußerst wichtig.

## Achtung der Mehrsprachigkeit

Die Mehrsprachigkeit<sup>1</sup> ist eines der entscheidenden Merkmale der Europäischen Union, die die kulturelle und sprachliche Vielfalt hervorhebt und die Gleichbehandlung der EU-Bürger gewährleistet. Sie garantiert das Recht der Bürger, mit den EU-Organen in allen Amtssprachen zu kommunizieren, wodurch sie ihr Recht auf demokratische Kontrolle ausüben können. Gleichzeitig tragen die Sprachendienste dazu bei, dass die EU-Organen für die Bürger Europas offen und transparent bleiben.

Im Parlament wird die Verwendung der Amtssprachen durch den 2004 aktualisierten „Verhaltenskodex Mehrsprachigkeit“ geregelt; die Geschäftsordnung sieht vor, dass die Mitglieder in der Amtssprache ihrer Wahl sprechen dürfen und dass eine Simultanübersetzung in die anderen Sprachen erfolgt.

Die Gesamtkosten aller Sprachendienste der EU-Organen, Übersetzung und Dolmetschen kombiniert, machen fast 1 % des gesamten EU-Haushalts aus.

Während die Mehrsprachigkeit Ausdruck der kulturellen Vielfalt der EU ist, erfordert die zunehmende Anzahl von Amtssprachen pragmatische Lösungen in der Vorbereitungsarbeit innerhalb der Organe.

## Ziel der Prüfung

Mit der Prüfung des Hofes sollte ermittelt werden, inwieweit die Kommission, das Parlament und der Rat ihre Übersetzungsressourcen und -ausgaben wirtschaftlich und wirksam verwalten. Der Hof legte der Prüfung die drei folgenden Fragen zugrunde:

- Wird der Übersetzungsnachfrage entsprochen, und bestehen angemessene Verfahren zur Vermeidung überflüssiger Übersetzungen?
- Werden Übersetzungsleistungen fristgerecht erbracht und entsprechen sie qualitativ ihrer Zweckbestimmung?

---

<sup>1</sup> Der Grundsatz der Mehrsprachigkeit ist in Artikel 21, 290 und 314 des EU-Vertrags verankert.

- Konnten die Organe die Kosten für Übersetzungsleistungen in Grenzen halten?

Geprüft wurden im Wesentlichen die 2003 und 2004 getätigten Ausgaben, wobei auch die 2005 als Folge der Erweiterung eingetretenen Änderungen berücksichtigt wurden.

### Management der Übersetzungsnachfrage

Klare Leitlinien wären notwendig, um Kriterien für Übersetzungsanträge aufzustellen. Der Hof hat jedoch festgestellt, dass keines der Organe über kohärente und klare Verfahren verfügt, um festzulegen, wer Übersetzungen anfordern kann, welche Art von Dokumenten übersetzt werden sollten (wann und in welche Sprachen), ebenso wenig Kriterien zur Genehmigung von Nicht-Pflichtübersetzungen und Verfahren zur Eindämmung der „Nachfragepolitik“.

Der Übersetzungsnachfrage in den EU-15-Sprachen konnte im Allgemeinen von den Organen entsprochen werden, während sich bei den EU-10-Sprachen die Situation anders darstellt, weil nicht genügend Übersetzer aus den neuen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen.

Keines der Organe konnte seine Ziele für die Einstellung von internen Übersetzern und Unterstützungskräften für die Referate der neuen Sprachen erreichen.

In den vergangenen Jahren gelang es den Organen, das Übersetzungsvolumen durch folgende Maßnahmen in Grenzen zu halten:

- Erstellung einer Liste von Kerndokumenten,
- Festlegung einer Höchstlänge der Texte,
- Angebot von Zusammenfassungen in verschiedenen Sprachen statt vollständiger Übersetzung,
- Konzentration auf die Übersetzung der endgültigen Fassung der Dokumente,
- Ermutigung der Nutzer, Zurückhaltung zu üben.

### Qualitätskontrolle

Die Qualität der Übersetzungen in die EU-15-Sprachen wurde im Allgemeinen als gut betrachtet. Allerdings stellte der Hof Qualitätsprobleme bei den Übersetzungen in die EU-10-Sprachen fest.

Ca. 90 % der Übersetzungen wurden innerhalb der vereinbarten Fristen fertig gestellt.

Bei der Kommission werden alle Übersetzungen von der Generaldirektion Übersetzung (DGT) in fünf Kategorien oder „Arten der Übersetzungsqualität“ (AÜQ) eingestuft, für die je nach Dokumentenart ein unterschiedlicher Grad an Revision und/oder Qualitätsbewertung erforderlich ist. Ergänzend dazu revidieren einige Generaldirektionen der Kommission, wie z. B. die GD Wettbewerb, systematisch die erbrachten Übersetzungsleistungen.

Beim Parlament und beim Rat besteht keine Einstufung der Übersetzungen in Qualitätskategorien, und deren Qualitätssicherungssysteme sind weniger strukturiert. Dies führt dazu, dass die Revisionsverfahren sehr unterschiedlich sind, wobei jedoch Rechtstexte vor ihrer Veröffentlichung stets von Juristen-Linguisten revidiert werden.

Ergänzend praktiziert das Parlament zweimonatliche Stichprobenkontrollen, um Rechtschreibung und Grammatik zu überprüfen.

Keiner der Übersetzungsdienste der Organe verfügt über spezifische Instrumente zur Bemessung der Nutzerzufriedenheit oder über Verfahren zur Bearbeitung von Qualitätsbeanstandungen.

### Kosten und Wirtschaftlichkeit der Übersetzungsleistungen

Bisher haben die Organe weder ihre gesamten Übersetzungskosten noch die Kosten pro übersetzte Seite berechnet.

Für 2003 berechnete der Hof die gesamten Übersetzungskosten<sup>1</sup> auf 414,2 Mio. Euro: 214,8 Mio. Euro in der Kommission, 99 Mio. Euro im Parlament und 100,4 Mio. Euro im Rat.

Die Durchschnittskosten pro Seite beliefen sich auf 166,37 Euro: 150,2 Euro in der Kommission, 149,7 Euro im Parlament und 251,8 Euro im Rat.

Externe Übersetzungen waren ca. 30 % billiger als interne Übersetzungen.

Generell lieferten die Organe nicht genug Indikatoren und Managementinformationen, um die Überwachung des Übersetzungsprozesses sicherzustellen.

Angesichts des Charakters ihrer (politischen) Tätigkeit sind zuverlässige Nachfragevorausschätzungen in Parlament und Rat schwierig.

In der Praxis entscheiden die Übersetzer anscheinend selbst, ob sie computergestützte Übersetzungshilfen, Suchmaschinen und Spracherkennungssoftware benutzen möchten.

Bei der Produktivität, die sich als Anzahl der von VZÄ-Übersetzern intern übersetzten Standardseiten versteht, besteht eine hohe Fluktuation zwischen den einzelnen Sprachreferaten und den einzelnen Organen.

Die Produktivität der EU-Übersetzungsdienste gilt als niedriger als die im Privatsektor<sup>2</sup>.

Die Produktivität der DGT der Kommission (ca. fünf Seiten pro Tag) war geringfügig niedriger als die beim Parlament, was gewissermaßen dadurch erklärt werden kann, dass die Kommission die Rolle des Initiators im Gesetzungsverfahren innehat. Die Produktivität des Rates war regelmäßig niedriger als die bei Kommission und Parlament. Dies lässt sich durch das Zusammentreffen eines höheren Anteils an Rechtstexten, die besondere Aufmerksamkeit

---

<sup>1</sup> Die gesamten Übersetzungskosten umfassen dem Hof zufolge die Kosten für Übersetzer, Schreibkräfte, Management, Personal des Übersetzungsdiensts, Planungsreferat, Gebäude, IT und Personalverwaltung (z. B. Fortbildung).

<sup>2</sup> Siehe auch PriceWaterhouseCoopers, Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) und Ausschuss der Regionen (AdR), „Analyse comparative de la productivité des départements de traduction des institutions européennes“, Brüssel, 4. August 2000, S. 24, worin es heißt, dass die Produktivität eines Übersetzers eines privaten Übersetzungsbüros 8 bis 10 Seiten pro Tag erreicht, ohne Berücksichtigung der Produktion über Translation Memory (eine Seite entspricht 350 Wörtern) (350 Wörter = 2 100 Anschläge = 1,4 Standardseiten).

erfordern, und einer größeren Nachfragefluktuation erklären.

Die Organe verfügten nicht über vergleichbare Leistungsindikatoren, die es erlauben würden, den Übersetzungsprozess in den Organen auf die gleiche Art und Weise zu überwachen.

### Bemerkungen und Empfehlungen des Haushaltskontrollausschusses

Der Haushaltskontrollausschuss

#### Achtung der Mehrsprachigkeit

1. betrachtet die Mehrsprachigkeit als eines der entscheidenden Merkmale der Europäischen Union, die die kulturelle und sprachliche Vielfalt hervorhebt und die Gleichbehandlung der EU-Bürger gewährleistet; sie garantiert das Recht der Bürger, mit den EU-Organen in allen Amtssprachen zu kommunizieren, wodurch sie ihr Recht auf demokratische Kontrolle ausüben können; gleichzeitig tragen die Sprachendienste dazu bei, dass die EU-Organe für die Bürger Europas offen und transparent bleiben;

#### Übersetzungskosten

2. hebt die Tatsache hervor, dass die Gesamtkosten aller Sprachendienste der EU-Organe – Übersetzung und Dolmetschen kombiniert – nur 1 % des gesamten EU-Haushalts ausmachen;
3. ist erstaunt, dass die Organe bisher weder ihre gesamten Übersetzungskosten<sup>1</sup> noch ihre Kosten pro Seite berechnet haben; stellt fest, dass 2005 in der Kommission von 1 450 Übersetzern 1 324 000 Seiten, im Parlament von 550 Übersetzern 1 080 000 Seiten und im Rat von 660 Übersetzern 475 000 Seiten übersetzt wurden; stellt ferner fest, dass der Hof die gesamten Übersetzungskosten 2003 auf 414,2 Mio. Euro veranschlagte: 214,8 Mio. Euro für die Kommission, 99 Mio. Euro für das Parlament und 100,4 Mio. Euro für den Rat; im selben Jahr beliefen sich die Durchschnittskosten pro Seite auf 166,37 Euro: 150,2 Euro für die Kommission, 149,7 Euro für das Parlament und 251,8 Euro für den Rat;
4. fordert die Organe auf, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Produktivität der EU-Übersetzungsdienste durch einen Vergleich mit dem Privatsektor weiter zu verbessern;
5. fordert das Parlament auf, zu klären, warum die Preise, die es für Freelance-Übersetzer zahlt, durchschnittlich um 12 % höher sind als die von der Kommission gezahlten Preise;
6. begrüßt die Tatsache, dass es Kommission und Rat gelungen ist, das Übersetzungsvolumen nach der EU-10-Erweiterung in Grenzen zu halten, womit der Kostenanstieg eingedämmt wurde;

---

<sup>1</sup> Dem Hof zufolge umfassen diese Zahlen die Kosten für Übersetzer, Schreibkräfte, Management, Personal des Übersetzungsdiensts, Planungsreferat, Gebäude, IT und Personalverwaltung (z. B. Fortbildung).

7. fordert die drei Organe auf, die Übersetzungskosten auf einer jährlichen Grundlage unter Verwendung der gleichen Kriterien und Berechnungsmethoden festzustellen; die daraus resultierenden Zahlen sollten nicht nur für Haushaltszwecke, sondern auch zur Sensibilisierung der Nutzer für die Kosten verwendet werden;

#### Qualität der Übersetzungen

8. begrüßt die Tatsache, dass Qualität und Fristeneinhaltung der Übersetzungen in die EU-15-Sprachen gemäß einer vom Hof durchgeführten Erhebung betreffend die Kundenzufriedenheit im Allgemeinen als zufrieden stellend betrachtet werden, auch wenn einige Probleme in Bezug auf technische und rechtliche Begriffe fortbestehen;
9. ist allerdings besorgt über die erheblich niedrigere Qualität der EU-10-Übersetzungen, die hauptsächlich auf einen Mangel an qualifizierten Übersetzern zurückzuführen ist;
10. vermerkt die Bereitschaft der Kommission, das Problem anzugehen, wie in ihren Antworten an den Hof ausgeführt;
11. fordert die Kommission auf, eine kritische Prüfung des Versagens des EPSO, erforderliches Personal aus den EU-10-Ländern einzustellen, vorzunehmen;
12. ist im Allgemeinen der Auffassung, dass die Organe die notwendigen Maßnahmen ergreifen müssen, um einen hohen Qualitätsstandard für die Übersetzungen zu gewährleisten; fordert den Rat, das Parlament und die Kommission daher auf, dem Hof und dem Haushaltskontrollausschuss rechtzeitig für das Entlastungsverfahren 2006 über die von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Überwachung und Verbesserung der Qualität der Übersetzungen Bericht zu erstatten;

#### Verfahren zum Management der Übersetzungsnachfrage

13. begrüßt die Tatsache, dass die Übersetzungsanträge für die EU-15-Sprachen im Allgemeinen von den Organen erfüllt wurden; allerdings hatten die Organe Schwierigkeiten, in den vergangenen Jahre eine ausreichende Zahl qualifizierter Übersetzer für die EU-10-Sprachen zu finden; stellt fest, dass die Organe mit Hilfe der Mitgliedstaaten begonnen haben, das Problem anzugehen;
14. stellt fest, dass der Hof zweifelhafte Verfahren für die Beantragung von Übersetzungen und auch unklare Leitlinien dahingehend, welche Dokumente übersetzt werden müssen und welche nicht, kritisiert hat;
15. begrüßt in diesem Zusammenhang die Bereitschaft der Kommission, sich 2006 mit den Genehmigungsverfahren und der Überprüfung der Übersetzungsanträge zu befassen; begrüßt ferner die Tatsache, dass der Rat 2003 eine Liste von Kerndokumenten erstellt und damit die Übersetzung anderer Texte begrenzt hat;
16. empfiehlt, in höherem Maße Begrenzungen bezüglich der Länge von Dokumenten und schriftliche Zusammenfassungen zu nutzen;
17. fragt mit Bezug auf Artikel 8 und 9 des Verhaltenskodexes Mehrsprachigkeit vom

19. April 2004, ob das Parlament „Verfahrenssprachen“ stärker nutzen könnte; fordert den Generalsekretär auf, dem Haushaltskontrollausschuss diesbezüglich im Entlastungsverfahren 2006 Bericht zu erstatten;

18. ermutigt Ausschüsse und Delegationen, Texte nur in den Sprachen der Ausschussmitglieder und ihrer Stellvertreter vorzulegen; zusätzliche Sprachfassungen könnten auf spezifischen Antrag erstellt werden;

#### Wirtschaftlichkeit des Übersetzungsprozesses

19. fordert die Organe auf, die für die Überwachung des Übersetzungsprozesses verfügbaren Managementinformationen weiter zu verbessern und dazu die vom Hof vorgeschlagenen Leistungsindikatoren zu berücksichtigen<sup>1</sup>;
20. fordert den Rat, das Parlament und die Kommission auf, interne und externe Ressourcen wie Datenbanken, computergestützte Übersetzungen, Telearbeit und Outsourcing wirtschaftlich und wirksam zu nutzen;
21. begrüßt die sich verbessernde interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen den EU-Übersetzungsdiensten, insbesondere was die Einrichtung einer gemeinsamen Terminologiedatenbank, gemeinsame Ausschreibungen und die Bewertung nach außen vergebener Übersetzungen angeht;
22. begrüßt auch die gemeinsame Task Force für Arbeitsbelastungsausgleich, die mit der Zeit zu einer wirksameren Nutzung eventueller freier Übersetzungskapazitäten in den Organen führen sollte;
23. fordert die Organe auf, freie Übersetzungskapazitäten in den beiden anderen Organen zu prüfen, bevor sie Übersetzungen nach außen vergeben.

---

<sup>1</sup> Siehe Ziffern 53 und 88 des Berichts des Rechnungshofs.